

Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts. Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III
Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 1076.

Anzeigen die dreispaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen-, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5388.

Inhalt. An die deutschen Tucharbeiter und -arbeiterinnen! — Aus dem Aufgabenkreis der neuen Volkswirtschaft. — Aus der Praxis der Arbeitsvermittlung. — Gegen die Geldhämter. — Moderner Simpfjang. — Kaiser und Arbeiter. — Aus der Textilindustrie. — Kriegsgewinne der Textilfabrikanten. — Soziale Rundschau. — Volkswirtschaft. — Volksversicherung. — Literatur. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsteil: Karl Marx als Mensch.

noch immer an dem alten Produktionssystem hängen, abfinden, daß in dem Deutschland nach dem Kriege der Schutz der Arbeitskraft eine ganz andere Rolle spielen muß, wie in dem Deutschland vor dem Kriege. Wir Arbeiter Deutschlands haben nach dem Kriege zu verlangen, daß die Warenproduktion nicht nur unter dem Gesichtswinkel des Profits gesehen wird. Wir müssen verlangen, daß dem Profitinteresse vorangeht das Interesse des lebendigen Menschen, der der Träger der wertschöpfenden Arbeitskraft ist. Das kann nur erreicht werden dadurch, daß das Reichsarbeitsamt feste Grundlagen schafft für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und daß es einen Rechtsweg baut, der es dem Arbeiter möglich macht, Hilfe gegen Willkür und Unrecht herbeizuholen. Wenn in dieser Richtung vorgegangen wird und gleich ganze Arbeit gemacht wird, so wird ganz von selbst ein gewisser Beharrungszustand eintreten, der dem Erwerbseben ermöglicht, weitgesteckte Ziele ins Auge zu fassen. Fortgesetzte Unsicherheit darüber, was schließlich kommt, besteht doch nur dort, wo man sich allen Notwendigkeiten gegenüber völlig ungekämpft verhält, nicht aber dort, wo man mit äußerster Beschleunigung den Notwendigkeiten Rechnung trägt.

Kein einziger Weber wird bei Beratung für einen neuen Tarif zugezogen!

Wie die Beschäftigten in den Tuchfabriken für ganz Deutschland eine Konferenz gehabt haben, in der sie ihre Notlage offenbarten und den Zentralvorstand beauftragten, Hilfe bei dem Bekleidungsbeschaffungssamt in Berlin nachzusuchen, die auch durch Schaffung eines Reichstarifs gewährleistet wird, so müssen auch die Beschäftigten in dem sächsisch-thüringischen Textilbezirk demonstrieren und dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse lenken.

An die deutschen Tucharbeiter und -arbeiterinnen!

An unsere Mitglieder!

Die Vorstände der drei bestehenden Textilarbeiterorganisationen haben mit den Vertretern der Organisationen der deutschen Tuchfabrikanten unter dem Vorsitz eines Vertreters des Bekleidungs-Beschaffungssamtes über Lohn- und Arbeitsbedingungen verhandelt.

Es wurde folgendes vereinbart:

Am 4. November d. J. wird für Weber und Weberinnen pro tausend Schuh zum Mindesten gezahlt:

	Zu Dritten mit Einwohnern:			
	bis 5000	über 5-25000	über 25-100000	über 100000
Für Tuch	23 Pf.	25 Pf.	27 Pf.	28 Pf.
„ Decken	31 „	33 „	35 „	37 „

Allen übrigen in den deutschen Tuchfabriken in Accord- oder Zeitlohn beschäftigten Personen wird eine Lohnzulage von 35 Proz. gewährt.

Die Betriebe werden an Sonnabenden mittags 12 Uhr geschlossen.

Wir bringen das den deutschen Tucharbeitern und -arbeiterinnen sowie unsern Mitgliedern beziehungsweise Funktionären zur Kenntnis. Weitere Informationen werden folgen.

Der Verbandsvorstand.

Aus dem Aufgabenkreis der neuen Volkswirtschaft.

Der Krieg hat die alte Volkswirtschaft des Deutschen Reiches zerstört. Eine neue Volkswirtschaft muß nach Abschluß des Krieges aufgebaut werden, wozu ja nun durch das dem Bundesrat die nötigen Vollmachten erteilende „Ermächtigungsgesetz für die Ubergangswirtschaft“ dienen soll, das jetzt dem Reichstage vorliegt.

Es wird gewiß nicht leicht sein, ein neues volkswirtschaftliches Leben in die Wege zu leiten, denn der Schwierigkeiten sind zu viele. Es ist auch heute noch gar nicht abzusehen, wie zahlreich und von welcher Wirksamkeit diese Schwierigkeiten sein werden. Das wird man erst sehen, wenn das Friedensprotokoll unterzeichnet ist.

Indessen, einige Grundstriche über das Wesen der neuen Volkswirtschaft lassen sich doch wohl schon ziehen. Soviel kann man wohl sagen, daß in der neuen Volkswirtschaft für den faulen Bauch, der verschlingt, was fleißige Hände erwarben, wohl kein Platz mehr sein wird. Das neue Deutschland wird weit mehr noch als das alte ein Deutschland der Arbeit sein. Für Rentner wird unsere Volkswirtschaft nicht Verwendung haben. Das Wort des fortschrittlichen Abgeordneten Herrn Gothein, daß wir uns erst wieder werden großhungern müssen, wird leider nur zu sehr wahr werden.

Wenn aber das neue Deutschland ein Land der Arbeit sein wird, so ist es ganz selbstverständlich, daß es auch in umfangreichster Weise Fürsorge trifft für die Arbeiter. Es kann nicht angehen, daß etwa die Arbeiter nur dienen als Hervorbringer aller der Lebensnotwendigkeiten der Gesellschaft, ohne ihnen selbst die Mittel zur Lebensnotwendigkeit zu sichern. Es darf nicht wieder das Pferd am Schwanz aufgezäumt werden; d. h. es darf nicht wieder vorkommen, daß man nur daran denkt, aus der Kraft der Arbeiter möglichst viel herauszubekommen, ohne daran zu denken und dafür zu sorgen, daß die Arbeitskraft auch erhalten bleibt, ja noch vermehrt wird.

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ sagt, im Hinblick auf unsere Wirtschaftsaufgabe müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß sich für die Industrie ein Zustand allgemeiner Unsicherheit ergebe, weil die Unternehmer beständig darauf gefaßt sein müßten, daß neue sozialpolitische Lasten kommen. Wir können nicht einsehen, warum ein großzügiger Ausbau von Einrichtungen, die dem Gemeinwohl dienen, eine allgemeine Unsicherheit ergeben soll. Wenn in dem neuen Deutschland alles die Hände rühren muß, um sich und das Ganze fortzuentwickeln, dann dienen doch solche soziale Einrichtungen gerade dazu, die Vorbedingungen zu schaffen für die ungehörte Sicherheit der Wertepzeugung. Damit müssen sich allerdings diejenigen Kreise, die

Die „Arbeitgeber-Zeitung“ beklagt es sehr, daß die Fragen der Sozialpolitik und des Arbeiterrechts vom Reichswirtschaftsamts losgetrennt worden sind. Sie sagt, die Arbeitsleistung des Reichswirtschaftsamts könne weder einheitlich noch verlässlich sein, wenn im Hintergrund stets das Reichsarbeitsamt lauernd mit Maßnahmen, durch welche die Politik des Reichswirtschaftsamts durchkreuzt werde. Ein solcher Zustand könnte nur eintreten, wenn das Reichswirtschaftsamts noch eine Politik treiben würde nach dem Ausspruch eines Regierungsmannes früherer Zeiten, wo den Unternehmern zu ihrer Beruhigung gesagt wurde: „Meine Herren! Wir arbeiten ja nur für Sie!“ — Würde das Reichswirtschaftsamts jetzt noch nach dieser Parole arbeiten, dann würde es wohl freilich leicht mit dem Reichsarbeitsamt in Konflikt kommen, es würde dann aber auch seine Aufgabe gründlich verkennen. Es kann jetzt nicht mehr die Aufgabe des Reichswirtschaftsamts sein, nur für die Unternehmer zu wirken, sondern es muß dafür sorgen, daß das ganze Erwerbsleben in den Dienst der Allgemeinheit gestellt wird. Und wenn wir auch heute nicht verkennen, daß auch die Initiative des Unternehmers, wo er in Person im Produktionsleben steht, ein wertvoller Faktor ist, den im neuen Wirtschaftsleben auszuschalten ein großer Fehler wäre, so wäre es doch ein noch größerer Fehler, wollte man die Arbeitskraft, wie in der Vorkriegszeit, nur als ein Ausbeutungsobjekt betrachten. Nein! Arbeiter und Unternehmer müssen wirklich, und nicht nur in der Theorie, als gleichwertige Faktoren nebeneinander stehen.

Es würde der zukünftigen Volkswirtschaft nur gedient werden, wenn sich die Unternehmer in der Textilindustrie schon jetzt daran gewöhnen würden, in ihren Arbeitern nichts anderes als gleiche Partner im Arbeitsvertrage zu sehen. Aber dazu können sich manche der Industriellen noch keineswegs entschließen.

So teilt man uns z. B. aus dem Gebiet des „Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webervereine“ mit, daß sich die Leiter dieses Verbandes noch immer nicht dazu aufraffen können, mit den Arbeitern über Forderungen über die Löhne zu verhandeln. Es ist dort eine kleine Lohnerhöhung gewährt worden, die niemand befriedigt. Seit dem 1. August 1917 läuft die Sache. Damals beschäftigte sich der Schlichtungsausschuß in Gera mit den eingereichten Forderungen.

Dann wurde verhandelt unter Vorsitz der Fürstlichen Regierung, dann wieder unter Vorsitz der Kriegsamtsstelle Kassel; zwischendurch wurde die Hilfe der Rohstoffabteilung des preussischen Kriegsministeriums angerufen. Und endlich gewähren die Mitglieder des Verbandes Sächsisch-Thüringischer Webervereine bis 10 Proz. Aufbesserung der Akkordlöhne!

Die Notlage der Textilarbeiterchaft im sächsisch-thüringischen Bezirk ist anerkannt von den Arbeitgebern, von den Kriegsamtsstellen und von der Regierung in Gera; als aber eine städtische Kommission unter Vorsitz des Bürgermeisters Broßmann in Gera die Unterstützungsjäge in der Textilarbeiterfürsorge erhöhte — für ein Ehepaar ohne Kinder pro Woche 30 Mk. —, da erhob das Fürstliche Ministerium in Gera Bedenken über die Höhe!!!

Der bisherige Weblohnsatz ist lückenhaft; in ihm fehlen die Lohnsätze für die feineren Papiergarne und für die neuen Bindungen.

Es bleibt aber alles beim alten, nur die bisherigen tarifierten Weblöhne werden um 50 Pf. pro 100 Zahlen Schuh erhöht!

Der Weberverband bleibt der alte: er diktiert! Die neuen Lohnsätze werden bekanntgemacht und ausbezahlt! Damit basta!

Es werden die Funktionäre für Sonntag, den 3. November 1918, nach Gera eingeladen, um zu den Dingen Stellung zu nehmen. So kann das nicht mehr weitergehen! Vertrauen kann man nur gegen Vertrauen haben. Bringt man der Arbeiterchaft in der Textilindustrie kein Vertrauen gegenüber, nun, dann wird auch bei ihnen kein Vertrauen Maß greifen, und der von der „Arbeitgeber-Zeitung“ beklagte Zustand der Unsicherheit wird immer weitere Kreise ziehen. Das liegt aber ganz und gar nicht im Interesse der Lebensbedingungen der kommenden Gesellschaft.

Wir ersehen aus diesem Fall in Sachen-Thüringen, daß der Fabrikabsolutismus noch fest im Sattel sitzt. Er wird aus ihm herausgeworfen werden müssen durch die organisierte Macht der Arbeiter. Wir erleichtern die Durchführung der Aufgaben der neuen Volkswirtschaft, wenn wir entschlossen an das Werk der Organisierung der Arbeitskräfte herangehen. Es ist jetzt keine Zeit zu verlieren. Die Ubergangswirtschaft wird organisiert. Organisieren wir die Arbeiter!

Aus der Praxis der Arbeitsvermittlung.

Aus den Reihen unserer weiblichen Mitglieder wurde der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ geschrieben:

Einen Arbeitsnachweis kannte ich nur dem Namen nach resp. nur von außen, denn täglich führte mich mein Weg von und zur Arbeitsstätte daran vorbei. Ich war bisher in der glücklichen Lage, immer Arbeit zu haben. Wenn auch das Arbeitsverhältnis und der Lohn viel zu wünschenswert übrig ließen, zog ich es doch vor, lieber Arbeit zu haben, als arbeitslos zu sein. Das war also der Grund, daß ich den Arbeitsnachweis von innen nicht kennen lernte. Aber Zeiten ändern sich und wir uns mit ihnen. Ich wurde Lehrling in einem Arbeitsnachweis, und nun bot sich mir Gelegenheit, ihn auch von innen kennen zu lernen.

Mein neues Tätigkeitsgebiet war der Arbeitsnachweis einer großen Stadt. Was ich dort erlebte, war für mich nach vieler Richtung hin etwas Neues.

Trotz der Kriegszeit mit ihrer großen Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften umstanden die arbeitssuchenden Frauen und Mädchen oft schon vor Beginn der Vermittlungszeit die Türen des Arbeitsnachweises. Während der Vermittlungstunden ist ein fortwährendes Kommen und Gehen. Gleichzeitig laufen Aufträge per Post und auf telephonischem Wege ein. In dem Arbeitsangebot müssen die Arbeitsbedingungen und die Löhne enthalten sein.

Ich muß gestehen, ich war etwas enttäuscht, als ich die Angebote an Löhnen erfuhr, nachdem ganz allgemein immer über die hohen Löhne der weiblichen Arbeitskräfte in der Kriegszeit geschrieben worden war. So wurden z. B. 18 bis 20 Mk.-Wochenlöhne für Laufmädchen angeboten. Allerdings wurden auch nur junge Mädchen verlangt. Aber mit solchen Löhnen kann heutigen Tages auch ein junges Mädchen, das aus Verdienen angewiesen ist, nicht auskommen. Vom Arbeitsnachweis wird denn auch versucht, den Unternehmern dies begreiflich zu machen, denn eine Garantie kann der Arbeitsnachweis nicht übernehmen, bei solchem Lohnangebot die Stelle besetzen zu können.

Anderer Anforderungen lauteten auf nicht zu junge, kräftige Arbeiterinnen bei Wochenlöhnen von 28 bis 30 Mk., und das Erstaunen war groß, wenn eine ähnliche Antwort, wie schon geschildert, gegeben wurde. Eine nicht zu junge und kräftige Arbeiterin wird sich aber schwerlich in der gegenwärtigen Zeit in der Großstadt mit so niedrigem Lohn zufrieden geben, denn davon kann sie nicht leben. Sie nimmt dort Arbeit an, wo ihr mehr geboten wird, wie namentlich in der Munitionsindustrie, wo erheblich mehr gezahlt wird.

Wenn ein annehmbarer Lohn angeboten wird, ist die Vermittlung leicht, dann ist auch niemals der Weg zu weit. Bei niedrigem Stundenlohnangebot ist gewöhnlich auch immer die Arbeitszeit zu lang. Die Arbeiterinnen werden dort bei besseren Verdiensten über die zu lange Arbeitszeit hinweggetäuscht. Diese Erfahrungen lassen die Festsetzung einer möglichst einheitlichen Arbeitsdauer wünschenswert erscheinen.

Zu der Abteilung für Dienstbotenvermittlung sind ähnliche Erfahrungen zu machen. Das Angebot von Dienstmädchen ist weit geringer als die Nachfrage nach solchen. Auf fünf Herrschaften kommt zirkel ein Mädchen. Oftmals überbieten sich die

Herrschaften in der Absicht, ein Mädchen zu bekommen. 50 bis 60 Mk. Lohn im Monat sind deshalb bei diesen keine Seltenheit. Manche Herrschaften sind darüber freilich entsetzt und erklären, es käme wohl noch einmal eine andere Zeit, wo die Mädchen, wie bei Beginn des Krieges, halb oder wohl gar ganz umsonst gearbeitet haben.

Bekommen die Hausfrauen keine Mädchen, dann wenden sie sich an die Abteilungen für Aufwärterinnen. Auch nach solchen ist so starke Nachfrage, daß nicht allen Anforderungen entsprochen werden kann. Vielfach wollen die Hausfrauen aber auch nichts ausgeben. Andere wieder bieten 80 Pf. bis 1 Mk. pro Stunde, um nur eine Arbeitskraft zu bekommen. Trotz der Knappheit der Arbeitskräfte auf diesem Gebiete hört man aber doch mancherlei Klagen von diesen. In der Zeit der großen Mädchennot behelfen sich die Hausfrauen solange es eben geht. Geht es aber gar nicht mehr, dann wird für ein oder zwei Tage eine Frau angenommen, und diese muß dann ungeheuer schwer arbeiten. Nebenbei wird dann noch über die hohen Lohnforderungen geschimpft. 7,50 Mk. pro Tag bei zehnstündiger Arbeit sind dann zuviel, für Arbeiten, die früher, wie z. B. das Klopfen großer Teppiche, mit 3 Mk. pro Stunde bezahlt wurden. Manchmal werden nur 4,50 Mk. pro Tag angeboten. Dafür ist aber keine Kraft zu haben.

Was für Anforderungen manchmal auch heute noch gestellt werden, zeigt folgender Fall: Eine Hausfrau bestellte eine Reinmachefrau für einen halben Tag, die Fensterleder, Lappen und Bürste mitbringen sollte. Natürlich ging niemand auf das Angebot ein. Wo soll auch die Reinmachefrau Lappen und Fensterleder hernehmen, wenn die in besseren Verhältnissen lebende Hausfrau solches Material nicht mehr besitzt? In einem anderen Falle kam es zu ersten Differenzen, weil die Frau Abendessen verlangte, obgleich bei der Vermittlung Abendessen zugefagt worden war.

Wünschenswert und notwendig wäre es, daß die Annahme von Arbeitskräften nur noch über die Arbeitsnachweise erfolgt. Dadurch wird verhindert, daß sich 20, 30 oder auch noch mehr Arbeitssuchende melden, wenn eine Stelle frei ist. Solches Ueberangebot muß löhndrückend wirken. Meist wird dadurch noch ein bedrückendes Gefühl bei den Arbeitssuchenden ausgelöst, wenn untergeordnete Personen, z. B. der Portier, die Auswahl vornehmen. Durch den Arbeitsnachweis soll das verhindert und soll erreicht werden, daß auf schnellem Wege der Arbeitssuchende Beschäftigung und das Gewerbe schnell die richtigen Arbeitskräfte findet. Um dies Ziel zu erreichen, müßte allerdings das ganze Land mit einem lückenlosen Netz von Arbeitsnachweisen überzogen werden unter Ausschaltung derjenigen Arbeitsvermittler, denen die Arbeitsvermittlung ein Gewerbe bedeutet, das häufig noch Nebenabsichten verfolgt. Der Austausch der Erfahrungen der Arbeitsnachweise untereinander könnte dann erheblich dazu beitragen, bei größerer Arbeitslosigkeit in einzelnen Gebieten und Gewerben einen Ausgleich herbeizuführen, womit den Arbeitssuchenden und dem Gewerbe sehr viel gedient wäre.

Dazu sei bemerkt: Zu den sozialen Zukunftsaufgaben, die der Lösung durch die Arbeitererschaft harren, gehört auch die Arbeitsvermittlung, die eine durchgreifende gesetzliche Regelung dringend erfordert. Schon die Zusammenfassung des Beamtenkörpers der Nachweise läßt viel zu wünschen übrig, eine gründliche Demokratisierung ist hier dringend notwendig. Solange die Arbeitsvermittlung in den Abteilungen für weibliche Arbeitssuchende ausschließlich von den Angehörigen der Bürgerämter ausgeübt wird, die über praktische Erfahrungen in Fabrik und Werkstatt gar nicht verfügen, nur flüchtig in sozialen Frauenschulen theoretische Ausbildung genossen und dann im Arbeitsnachweis untergebracht werden, so lange werden Gegensätze zwischen Anforderungen an die Arbeitsleistung und die Lohngewährung der die Arbeitskraft Suchenden und den Lohnansprüchen der Arbeitssuchenden, wie sie in vorstehendem geschildert werden, bestehen bleiben. Wurzelt doch dieser Gegensatz eben darin, daß die mit der Ver-

mittlung betrauten Personen einer anderen Gesellschaftsschicht angehören als die Arbeitssuchenden und für die Lohnansprüche dieser wenig oder nur unvollkommenes Verständnis besitzen. In den Arbeitsnachweisen gehören auch weibliche Vermittlungsbeamte, die, aus den Reihen der Arbeiterinnen hervorgegangen, neben ihrer praktischen Erfahrung auch das Verständnis für die soziale Not der Arbeitssuchenden besitzen, die nur durch den jeweiligen Verhältnissen angepaßte ausreichende Bezahlung der Arbeitsleistung gemindert werden kann. Die Gewerkschaften haben in ihren Reihen durch langjährigen Aufenthalt in Fabrik und Werkstatt praktisch geschulte Arbeiterinnen genug, die für solche Posten geeignet sind. Solche ziehe man heran, lasse sie ausbilden auf Kosten der Allgemeinheit, der sie dienen sollen und teile sie den Arbeitsnachweisen zu, dadurch wird auch das Vertrauen der Arbeiterinnen zum Arbeitsnachweis gestärkt werden. Der Anfang damit ist gemacht worden durch die Kriegsanstalten, die auch einige Arbeiterinnen heranbilden ließen. Dringend notwendig ist, daß weit mehr dem praktischen Leben enttammende Vermittlungsbeamtinnen herangebildet werden und daß die städtischen Körperschaften, die den Beamtenapparat der Nachweise einsetzen, von der Arbeitererschaft dazu gedrängt werden, aus dem Arbeitsverhältnis hervorgegangene und für die Vermittlung ausgebildete Arbeiterinnen auch anzustellen. Den Arbeiterinnen ist aber dringend anzuraten, den sozialen Aufgaben größere Aufmerksamkeit als bisher zuzuwenden. Es kann für die Dauer nicht angehen, daß diese Aufgaben für die Arbeiterinnen gelöst werden ohne sie. Bei der ungeheuren Bedeutung, die die Frauenarbeit im Wirtschaftsleben der Zukunft haben wird, ist die praktische Mitarbeit der Arbeiterinnen unerlässlich notwendig, und deshalb dürfen sie sich auch nicht ausschalten lassen.

Gegen die Geldhamsterer.

In den letzten Wochen hat sich die aus der Anfangszeit dieses Krieges bekannte Erscheinung wiederholt, daß das Bargeld aus der Umlaufbahn verschwindet. Handelte es sich damals um das Metallgeld, so kommt diesmal das an dessen Stelle herausgegebene Papiergeld in Betracht. Die vom Reich herausgegebenen Banknoten und Darlehnskassenscheine sollen der Zirkulation, dem Bedarf an Zahlungsmitteln dienen. Dieser Bedarf wird gegenwärtig auf 10 bis 11 Milliarden Mark geschätzt. Welche Mehranforderungen an den Geldumlauf gestellt werden, geht daraus hervor, daß in der Woche vom 24. bis 30. September 1918 der Banknotenumlauf der Reichsbank einen Mehrbedarf von rund 965 Millionen Mark erforderte. Für die entsprechenden Wochen von 1917 und 1916 werden die Zahlen auf 601,3 und 509,9 Millionen Mark angegeben. Bei der Ausgabe dieses Papiergeldes muß damit gerechnet werden, daß dasselbe wieder in den Umlauf gelangt, also seiner eigentlichen Bestimmung, als Zahlungsmittel zu dienen, nicht entzogen wird. Mag der Arbeiter seinen Lohn in Nahrungsmitteln, Kleidung, Mietzins und Steuern, der Gewerbetreibende seine Einkünfte und Rohstoffe, Löhne und Lebensbedürfnisse, der Händler seine Einnahmen in Waren, Transportspesen und Lebensaufwand, der Hausbesitzer seinen Zinsverlust in Hypothekenzinsen, Reparaturzahlungen und Haushaltskosten umsetzen, und mögen alle diese Kreise etwas davon ersparen und auf Bankkonto oder in der Sparkasse anlegen, so kehrt ihr Geld auf allen diesen Wegen in den allgemeinen Umlauf zurück. Denn auch die Banken und Sparkassen häufen das Papiergeld nicht auf, sondern führen es auf diese oder jene Art dem allgemeinen Verkehr wieder zu. Bei normalem Geldumlauf müssen die für Auszahlungen benötigten Barmittel ungefähr den Eingängen entsprechen, und es kann sich höchstens um den Erlas verlorengegangener Zahlungsmittel oder Schaffung eines Ausgleichs für gesteigerte Produktion oder Warenzirkulation handeln. Seit zwei bis drei Wochen ist aber wieder ein Zustand eingetreten, wonach der Eingang von Zahlungsmitteln in be-

denklich wachsendem Maße hinter dem Zahlungsbedarf zurückbleibt. Diese Erscheinung, die sich besonders auf die Industriebezirke erstreckt, kann durch erhöhte Lohnzahlung, Teuerung und dergleichen allein nicht mehr erklärt werden, denn das Manko läßt alle diese Voraussetzungen weiter hinter sich. Sie ist nur zu erklären durch die Annahme, daß ein großer Teil des Publikums — Arbeiter, Gewerbetreibende, Händler — ihr Geld möglichst vom Verkehr zurückhalten, es aufspeichern, also Geld hamstern. Die Gründe für ein solches Verhalten mögen verschiedener Natur sein: der eine mag diese Bank, der andere jene Sparkasse nicht mehr für sicher genug halten, ein dritter mag an Inflationsgefahr glauben und ein vierter gar schon das ganze Deutsche Reich zugrunde gerichtet sehen, weshalb sie es vorziehen, ihr Geld selbst zu verwahren, um nötigenfalls die erforderlichen Zahlungsmittel in der Hand zu haben. Sie alle verfehlen aber den wahren Wert und die Aufgabe des Geldes, vor allem des Papiergeldes. Würden die Zustände wirklich eintreten, welche diese Menglinge befürchten, würden Bank, Sparkasse, Gemeinde, Staat und Reich zahlungsunfähig werden, so hat das in ihrer Hand befindliche Papiergeld nicht mehr Wert als der Bankausweis oder das Sparkassensbuch. Auch der größte Schatz an Papiergeld gibt ihnen dann nicht den notwendigen Lebensunterhalt. Eine Illustration dazu gewähren die Zustände in Petersburg und Moskau, wo das Pfund Brot mit Hunderten von Rubelscheinen aufgewogen wird. Das Papiergeld wird entwertet, wenn die Nation nicht mit ihrer ganzen Wirtschaftskraft dahinter steht.

Aber die Geldhamsterei entwertet schon heute das Papiergeld, denn sie zwingt unmittelbar zur Ausgabe neuer Milliarden von Banknoten, ohne daß das Nationalvermögen dadurch eine Steigerung erfährt. Eine größere Menge von Geld, auf die gleiche Warenmenge bezogen, drückt den Wert des Geldes herab. Das Geld, das sich dem Verkehr entzieht, schädigt sich selbst. Und dabei bleibt es nicht; denn die allgemeine Geldentwertung führt zu weiteren Preissteigerungen auf allen Gebieten und ruft neuen Geldmangel, neue Geldvermehrung hervor. Die Schraube ohne Ende würde das ganze Volk auspressen, wenn die Notenpresse überhaupt imstande wäre, diesen Anforderungen zu genügen. Das ist sie aber schon bisher nur mit den größten Anstrengungen gewesen, und sie versagt schon jetzt gegenüber den ins Riesenhafte geschwellten Anforderungen. Dies führt aber zu einer anderen Gefahr, an die die Geldhamsterei wohl nicht gedacht haben mögen. Die Unmöglichkeit, dem wachsenden Geldbedarf zu genügen, veranlaßt Zahlungsstockungen, die sich unmittelbar in Wirtschaftsstörungen umsetzen. Die Arbeiterbelegschaften, die am Bahltage ihren Lohn nicht erhalten können, kommen nicht wieder zur Arbeit; der Kaufmann, der keine Zahlung erhält, liefert nicht mehr; der Kleinhändler erhält keinen Kredit mehr und bricht zusammen. Die Lebensmittelversorgung stockt, die Produktion wird stillgelegt, die Verdienstmöglichkeit sinkt, die Löhne sinken, während die Nahrungsmittelpreise rapid steigen. Darunter leidet das gesamte Wirtschaftsleben, in erster Linie diejenigen selbst, die durch ihre Hamsterei den Anstoß zu dieser rückläufigen Bewegung geben.

Jeder Reichsangehörige weiß es längst im fünften Kriegsjahr, daß man sein Geld nicht daheim aufspeichern darf, sondern es den öffentlichen Kassen zuführen soll. Wenn eine private Bank nicht ausreichend sicher erscheint, der trage sein Geld zu einer der zahlreichen Reichsbankstellen oder Sparkassen. Für erstere gewährt die Reichsbank, für letztere die Gemeindefiskus, Provinzen oder Bundesstaaten jede Sicherheit, die unter solchen Verhältnissen überhaupt denkbar ist. Nur Kleiner Eigennutz kann das Geld zurückhalten, den Blutstrom unseres Wirtschaftslebens unterbinden und die Schwirrigkeiten, die das deutsche Volk in diesen Tagen zu überwinden hat, in verhängnisvoller Weise verschärfen.

In die deutsche Arbeitererschaft richten wir die dringende Aufforderung, sich eines solchen selbstschädigenden Verhaltens nicht schuldig zu machen. Jeder klare seine Mit-

Karl Marx als Mensch.

Von W. Reimes.

„Sonne und Wolken, Ruhe und Branden,
Und immer doch kein Brack, kein Stranden!
Immer in allen Furchbarkeiten
Hochgemut ein frohes Streiten!
Heiter ein Trotzen, nicht unterzukriegen,
Ein Siegesvertrauen und lachendes Siegen!“

Diese Verse, von einem unserer parteigenössischen Dichter beim stillen Durchblättern seines Lebensbuches mit Recht über seinem eigenen sturmreichen Dasein geschrieben, dürften auch zu Haupten des Lebens stehen, das am 5. Mai 1818 in stillbürgerlichem Hause in der Brudergasse in Trier seinen Ausgang nahm.

Karl Heinrich Marx wurde seinen Eltern als zweites Kind geboren, das einzige, das berühmt wurde und schon als Knabe durch seine Gaben und sein Temperament hervorragte aus der Reihe seiner vielen Geschwister. Der Vater, Heinrich Marx, Anwalt und späterer Justizrat, wie die Mutter, Henriette Pressburg, eine gebürtige Holländerin, waren Sprossen jahrhundertalter strenggläubiger Judenfamilien mit einer von Geschlecht zu Geschlecht ununterbrochenen Führerreihe von Rabbinern. Sie beide jedoch, mit samt ihren Kindern, traten, in ihrer ganzen Lebensführung dem Judentum entwachsen, 1824, als Karl sechs Jahre alt war, wie die älteren Marx-Biographen behaupteten, infolge eines amtlichen preussischen Zwangsedikts, wie neuere jedoch dargetan, aus innerer Ueberzeugung zum Protestantismus über, wenn auch ohne an all seine kirchlichen Dogmen zu glauben. Als einem Juden des Rheinlands, denen die seit den französischen Revolutionskriegen bis 1814 währende napoleonische Herrschaft die Fessel der mittelalterlichen Juden-gesetze gelöst und die Möglichkeit der gleichen Kulturteilnahme und Bildung wie den christlichen Mitbürgern zu geben sich bemühte, und als dem Sprößling einer behäbigen wohlhabenden Familie war Marxens Vater die Möglichkeit des Aufstiegs zu einem reichen Wissen und Können und zu einer angehabenen gesellschaftlichen Stellung gegeben worden. Seltene Geistesgaben paarten sich bei ihm mit einer reichen Wärme des Herzens, und diese letztere Eigenschaft teilte er mit der Mutter seiner Kinder, so daß hierin beide Eltern sich in jenen warmzärtlichen Familiengefühlen vereinigten, wie wir sie oftmals bei jüdischen Familien als typisch vorfinden. In seinem wissenschaftlich-philosophischen Wesen war der Vater ganz durchdränkt von den Lehren der Aufklärer des 18. Jahrhunderts, der Newton und Locke, der Rousseau und Voltaire, der Leibniz und Lessing, ohne sich dadurch in seinem Gottglauben behindert zu fühlen; in politischer Hinsicht war er konservativ, fast reaktionär, und wurde

besonders als Beamter loyaler Monarchist und Patriot der preussischen Regierung. Der Mutter gleich ihm, die ihn um fünfundzwanzig Jahre, bis zum Jahre 1863, überlebte, machten Karl Marxens frühzeitig hervortretende radikal-revolutionäre Ideen schon tiefen Kummer, der sich jedoch bei der Mutter bis zur rauesten Lebensprüfung steigerte, als ihr in ihrem Innern vergötterter Sohn als ein aus dem Vaterland Verbannter, von den Geißeln der Armut Verfolgter von Land zu Land geht und sein Name von der honetten Wohlstandigkeit ihrer Kreise mit Abscheu genannt wurde. Sie konnte in ihm nicht den großen Denker würdigen, der Weltgestalt geworden, die Furcht und Hassen in der Menschheit verbreitete, ihr dadurch vollen Ersatz geboten hätte für das grausam zerstörte Idyll eines abgeschlossenen heimischen Glücks, das sie sich von seiner Entwicklung erträumt hatte. Marxens Schicksalsgang hat dieser einfachen Mutter viele heiße Tränen erpreßt, ein Los, das viele seiner edelsten Schüler ihren Müttern nicht ersparen konnten.

In dieser elterlichen Atmosphäre voll Liebe, bereichert noch durch ein bedeutungsvolles Freundeshaus, verlebte der Knabe eine außerordentlich glückliche Kindheit und erste Jugend. Besonders an der vorbildlichen Vatergestalt hing der spätere Jüngling mit bis über den Tod hinaus währenden Gefühlen. Der Vater besaß die glückliche Eigenschaft, den kleinen Spielkamerad zu sein, den heranwachsenden Gefährten und klugen Freund zu werden. Den begabten Karl, der schon frühzeitig die größten und „letzten“ Fragen stellte, führte er mit vollkommenem Freimut ein in seine eigenen aufgeklärten Ansichten über Philosophie, Religion, Geschichte. Von der Marx im Leben nicht verlassenden Liebe zur Philosophie kann man annehmen, sie war ein Erbe teil des Vaters, wie denn auch seine wunderbare Kraft des Eindringens und Erklärens mit zurückzuführen sein mag auf ruhende tiefe Instinkte aus der Natur seiner Rabbinererbfolge. Der Tod entriß dem kaum zwanzig Jahre alten Marx den väterlichen Freund, der seinen Jungen mit ebensoviel Geduld wie Klugheit zügelte. Denn Marx, stets leidenschaftlichen Temperaments, war in seiner Jugend eine Kraftnatur vulkanischen Wesens und — wunderbar genug beim späteren Verfasser des „Kapitals“ — im Grunde seines Herzens ein Dichter und Künstler. Zahlrelang hat er glühend gehofft und erstrebt, ein Großer unter den Poeten zu werden, und wenn an seinen Jünglingsgedichten — drei geschriebenen Bänden, die er seiner Braut widmete — sich auch nur die Gatten in späteren wehmütig-bergnügten Erinnerungsfunden erfreuten, der Liebe zur Dichtkunst blieb er immer treu im Leben, und sein Stilgefühl und dichterisches Empfinden machte ihn einem Heine oft genug zum Inspirator und ihm und Freiligrath zum willkommenen Kritiker und Berater. Die an ihm bewunderte gütige Geduld, mit der er später Arbeiter in die schwierigsten Fragen der Nationalökonomie einführte, hat er sich erst im Lebenskampf

erworben. Die Liebe zur Poesie und romantischen Literatur erweckte in Karl insbesondere der Gesinnungsverwandte und Vaterfreund, der im Jahre 1816 nach Trier gefommene Regierungsrat Baron Ludwig von Westphalen, dessen geistiger und moralischer Einfluß auf den Jüngling fast gleich kam dem Wert des Vaters. Und Westphalens Tochter Jenny, vier Jahre älter als Marx, wurde als Kind seine unzertrennliche Spielgefährtin und als Weib seine Braut und Frau. Marx hat das Glück der hochstehendsten, aufopferungsfähigsten Frau besessen, wie der in stürmischer revolutionärer Wirksamkeit stehende Sozialist sie sich nur wünschen konnte. Als das in Trier zur berühmten Schönheit erblühte, von reichen Freiern umworbene Mädchen sich an den heftig werdenden jungen Philosophen und Nationalökonomem kettete, war sie sich voll bewußt, daß er ihr schwerlich je den in ihrem Hause gewohnten Reichtum würde bieten können.

Seine mit nie ermüdendem Fleiß betriebenen Studien führte Marx nicht immer mit dem gleichen Glück. Noch nicht achtzehnjährig, mit einem hervorragenden Abgangszeugnis vom Trierer Gymnasium, bezog er die Universität Bonn, dann die damals berühmteste in Berlin, die noch von der Anziehungskraft des fünf Jahre vorher gestorbenen Lehrers Hegel zehrte. Das Studium der Jurisprudenz, ihn später fesselnd, betrieb er zunächst nur als „notwendiges Uebel“, seinem Vater zu Gefallen; seine große Liebe waren Philosophie und Geschichte. Als er nach den ersten vornehmlich mit Rechtsphilosophie ausgefüllten Jahren auf Hegel kam, rang er mit ihm bis zur zeitweiligen Selbstermüdung. Dazwischen widmete er sich bemerkenswerten den Fächern der biblischen Religionsgeschichte, Metaphysik, Mathematik, der Logik und den Sprachen, der Kunst und Literatur, immer jedoch selbständig, ohne viel Zusammenhang mit den Universitätsvorlesungen. Er war in jener merkwürdigen Periode seines Lebens von einer gährenden geistigen und seelischen Zerrissenheit, aufs höchste gesteigert durch das Verlangen nach seiner Braut und die den wahrhaften Geist beider bedrückende, nur seinem Vater offenbarte anfängliche Heimlichkeit ihrer Verlobung, so daß der Vater von ihm fürchtete, daß er nie einen Blick für die Praxis des Lebens erlange. Die Offenheit, mit der er seinem Vater allen seelischen Zwiespalt, das Suchen und Kämpfen in allen Teilen des Wissens, die aufgähenden und wieder zerfallenden Hoffnungen, seine radikalen Ansichten schrieb, die Ergebnislosigkeit des väterlichen Rats und Tadel, führten damals zu Verstimmungen, die die im Innern so zärtlich aneinanderhängende Familie äußerst quälten. Marx arbeitete mit einer Anspannung, daß selbst seine kräftige Gesundheit zeitweilig völlig zusammenbrach. Als drei Jahre bevor er in Jena mit einer Abhandlung über die Epikuräische Philosophie, 1841, den Dokortitel erwarb, sein Vater verchied, hatte die Sorge um seines Sohnes Zukunft, der Konflikt

arbeiter auf, zu welchen Folgen es führen muß, wenn die Geldhamtereis sich fortsetzt. Unsere Lage ist schon durch die Nahrungsmittelhamtereis genugsam verschlimmert worden. Die Geldhamtereis dürfen sich rühmen, den Sieg der Feinde, die auf den Zusammenbruch des deutschen Volkes rechnen, zu vervollständigen.

Moderner Gimpelfang.

Zu dem unter obiger Spitzmarke in Nr. 41 veröffentlichten Artikel ging uns folgende Zuschrift zu:

Namens und im Auftrage der Firma Kuch u. Mädler, Treuen i. Sa., habe ich Ihnen Folgendes mitzuteilen:

In der Nr. 41 Ihrer Zeitung vom 11. Oktober 1918 befindet sich ein gegen die erwähnte Firma gerichteter Artikel, überschrieben „Moderner Gimpelfang“, der in hohem Maße beleidigend ist, und auch in allen wesentlichen Punkten unwahre Tatsachen enthält. Gemäß § 11 des Gesetzes über die Presse vom 7. Mai 1874 wird daher die Berichtigung der in dem Artikel mitgeteilten Tatsachen verlangt.

Die aufzunehmende Berichtigung ist folgende:

„Der Betrieb ist nicht nur Papiergarnspulerei, sondern befaßt sich mit Zwirnen und Spulen aller Arten Garne, als Baumwolle, Wolle, Seide und Papier. Die Zahl der beschäftigten Arbeiterinnen ist 130—140.“

Der Betrieb ist nicht der am schlechtesten zahlende, sondern er zahlt die gleichen Löhne wie andere Betriebe der dortigen Gegend, und sogar noch höhere Löhne.

Diese sind Affordlöhne und der jeweiligen Höhe nach in hohem Maße von der Geschäftlichkeit der Arbeiterinnen abhängig. Sie sind gemäß den von der Firma selbst erzielten Preisen im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß festgesetzt.

Es ist nicht richtig, daß jemals ein Abzug von 17 Pfennig pro Kilo vom Spullohn gemacht worden ist. Die Firma verarbeitet überhaupt nur wenige Garne, für die 17 Pfennig gezahlt werden. So ist z. B. für der Papiergarn der Verbandspreis 12 Pfennig pro Kilo. Es sind überhaupt keine Abzüge vom Spullohn gemacht worden und ist deshalb auch kein Krach gewesen. — Eine Lohnerhöhung wurde schon vor der Geschäftsbetriebsversammlung, dem angeblichen „Fest“, gewährt, und zwar im Einvernehmen mit dem Arbeiterausschuß. Bei der erwähnten Geschäftsbetriebsversammlung wurde eine weitere Lohnerhöhung und sonstige Wünsche der Arbeiter besprochen und genehmigt. Außerdem wurde eine Unterstufungskasse eingerichtet und die Arbeiter noch durch andere Zuwendungen unterstützt. Bezüglich des hierbei gebotenen Essens handelt es sich um eine Sendung Würst der Feldzeugmeisterei für Schwerarbeiter, die mit Einverständnis des Arbeiterausschusses gemeinschaftlich verzehrt wurde.

Der den Arbeitern auf Kosten der Firma gewährte Besuch der Kaiserhoff-Ausstellung in Leipzig geschah im Sinne und Interesse der Arbeiterinnen, um diesen einen Einblick in die Erzeugnisse zu gestatten und belehrend zu wirken, also um diesen selbst Nutzen zu bringen. Eine andere Firma, die ihre Arbeiter zuerst zum Besuch der Ausstellung nach Leipzig schickte, hatte das Beispiel dazu gegeben. Es ist unrichtig, daß die Firma vorher sich für diese Reise durch Lohnabzüge selbst bezahlt gemacht hätte.

Die Dankagung ist offenbar lediglich dem zwischen dem Arbeitgeber und den Arbeitern herrschenden guten Einvernehmen entsprungen.“

Sie beabsichtige ferner gegen die Verfasserin des Artikels die Privatklage wegen öffentlicher Beleidigung und übler Nachrede zu erheben und ersuche mir binnen einer Woche diese nach Namen und Adresse anzugeben. — Ferner ersuche ich um Uebersendung des die Berichtigung enthaltenen Exemplars Ihrer Zeitung.

Hochachtungsvoll

Dr. R o t h e, Rechtsanwalt.

S. W.: T a m a n n, Gerichtsassessor.

Kaiser und Arbeiter.

Nachdem großindustrielle Kreise vor kurzem den Beschluß gefaßt haben, eine Telegrammflut mit alldeutschen Redensarten auf den Reichskanzler loszulassen und sich dazu die Unterchriften der Arbeiterausschüsse zu erschleichen, wegen des Eindrucks nach außen, haben sie jetzt eine neue Sache ausgeheckt. Wie aus dem westlichen Industrieviertel gemeldet wird, ist dort eine „großzügige Aktion“ geplant. In allen Betrieben sollen Unterchriften gesammelt werden, deren Zusammenfassung dokumentieren soll, mit welcher Liebe die Arbeiter an den Hohenzollern hängen.

Also, Arbeiter, hilf! Vergiß, daß wir, wie es jetzt heißt, längst hätten einen für uns annehmbaren Frieden haben können, wenn man an den maßgebenden Stellen jede günstige Gelegenheit für den Friedensschluß benützt hätte! Vergiß auch, daß das Ernährungsproblem in den vier Kriegsjahren nicht zu deinen Gunsten, sondern zugunsten anderer „gelöst“ wurde, durch den Schleichhandel, den man durch Erhöhung der Rationen in hohem Maße hätte eindämmen können! Vergiß, daß man die Rationen hätte erhöhen können, wenn man alle verfügbaren Lebensmittel stets ohne Rücksicht auf agrarische Widerstände restlos erfasst hätte! Vergiß, daß die Uebel, an denen du leidest, so tief eingewurzelt sind, daß auch die neue Regierung sie wohl kaum noch wird austrotten können! Denke, daß trotz aller immer noch umfangreicher werdenden Schiebungen mit den wichtigsten Volkswirtschaftsmitteln du, wenn alles über Erwarten gut geht, vielleicht nicht viel weniger im Winter und im Frühjahr zu essen haben wirst, als es in den letzten Jahren der Fall war! Achte nicht darauf, daß die Begüterten und Mächtigen reichlich zu essen haben, du aber darfst! Denke nur an deinen Kaiser, an seine und seines Hauses Erhaltung!

Aus der Textilindustrie.

Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle. Am 21. Oktober fand zum Zwecke der Gründung einer Reichswirtschaftsstelle für Baumwolle die vom Reichskanzler einberufene Vertreterversammlung statt. Ein Referent des Reichswirtschaftsamts gab einen Ueberblick über die bisherigen Beratungen. Hierbei wurde hervorgehoben, daß diese sachlichen Grundlagen durch die Reichswirtschaftsstellen und die Reichsstelle für Textilwirtschaft festzustellen seien und daß die bisherigen amtlichen Besprechungen lediglich vorbereitender Natur seien. Folgende Punkte wurden hervorgehoben:

Textilrohstoffe gelten als Güter des dringendsten Bedarfs. Einfuhrbeschränkungen, welche mit Rücksicht auf Valuta und Schiffsraum für weniger dringliche Güter und Luxusgüter angeordnet werden sollten, werden voraussichtlich bei der Knappheit an Textilrohstoffen auf diese praktisch keine Anwendung finden. Bei der Unübersehbarkeit der Verhältnisse muß allerdings die Möglichkeit einer Einfuhrregelung gewahrt bleiben. Ein zentraler Einkauf oder eine Kontingentierung des Rohstoffhandels dürfte nicht in Frage kommen.

Solange die Zufuhr an Textilrohstoffen eine Vollerfüllung aller Betriebe nicht ermöglicht, dürfte eine Kontingentierung derselben unter vorzugsweiser Berücksichtigung stillliegender Betriebe auf der Grundlage eines in Maschinenstunden ausgedrückten Leistungsquotienten durchzuführen sein, wobei in Rücksicht zu nehmen sein dürfte, daß das Kontingent keinen Anspruch darauf geben soll, durch das Reich, die Wirtschaftsstellen oder eine andere Organisation mit Rohstoff versorgt zu werden. Der einzelne wird für seine Deckung selbst zu sorgen haben. Vorkäufe sollen durch einen Kontingentzuschlag begünstigt werden. Eine ähnliche Regelung wird voraussichtlich hinsichtlich der Gespinnte zu suchen sein, während, falls nicht eine Milderung der Verhältnisse zu anderen Maßnahmen zwingt, von einer Verwirklichung der im Inland hergestellten Fertigerzeugnisse vorerst

abgesehen werden kann. Soweit die bei Friedensschluß vorhandenen Bestände der Seereverwaltung der bürgerlichen Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden können, dürfte die Zuweisung dieser Bestände zweckmäßig im bisherigen Verfahren zu erfolgen haben, eine vorzugsweise Berücksichtigung der stillliegenden Unternehmungen wird auch hierbei ins Auge zu fassen sein.

Die Aussichten der amerikanischen Baumwollenernte sind nicht gute. Nach dem amerikanischen „Commerce Report“ belief sich die Baumwollenernte in den Vereinigten Staaten im Jahre 1917 auf insgesamt 11 302 375 Ballen zu je 500 Pfund. Mit Ausnahme des Jahres 1915 war dies die kleinste Ernte seit dem Jahre 1909. Die für 1909 bis 1917 geltenden Zahlen lauten wie folgt:

Jahr	Ballen	Jahr	Ballen	Jahr	Ballen
1909	10 004 940	1912	18 703 421	1915	11 191 820
1910	11 608 618	1913	14 156 486	1916	11 511 000
1911	15 602 071	1914	16 134 980	1917	11 802 875

Nach den meisten Schätzungen wird die diesjährige Baumwollenernte wieder schlechter ausfallen; sie wird auf vorläufig 11 137 000 Ballen geschätzt. Im Jahre 1917 verringerte sich die Baumwollproduktion in den Staaten Alabama, Arkansas, Florida, Missouri, Nord-Carolina, Tennessee, Texas und Virginia, während sie in den Staaten Arizona, Kalifornien, Georgien, Louisiana, Mississippi, Oklahoma und Süd-Carolina zunahm. Am stärksten steigerte sie sich im vergangenen Jahre in Louisiana, wo sie sich auf 129 719 Ballen — die größte Produktion seit 1907 — belief. Arizona lieferte im Jahre 1916 8000, 1917 21 000 Ballen, Kalifornien 44 000 und 57 000 Ballen. In den beiden genannten Staaten soll die diesjährige Ernte noch größer sein. — Interessant ist, daß sich die Baumwollproduktion in Texas vermindert hat, das den größten Anteil an der amerikanischen Baumwollgewinnung hat. Vor dem Kriege produzierte es nahezu ein Drittel der Gesamtzeugung der Union. Im weitem Abstand folgten dann erst Georgia und Mississippi. Louisiana, das jetzt seine Produktion so stark steigert, hatte im Frieden etwa 7 1/2 Proz. der Gesamtzeugung geliefert.

Fortschritte in der Textilerzeugnisseherstellung. Aus Kreisen der Textilindustrie wird uns geschrieben: Die Fortschritte in der Beschaffung wirklich geeigneter und haltbarer Textilerzeugnisse sind unaufhaltsam. Können wir auch nicht vom Ausland in der Textilrohstoffbeschaffung unabhängig werden, so müssen wir doch alles daran setzen, diese Abhängigkeit so sehr wie möglich zu verringern, und glücklicherweise bringt uns die deutsche Technik in der Bereitung von Erzeugnissen dauernd vorwärts. Vor kurzem beschäftigte sich die Presse lebhaft mit der sogenannten Stapelfaser, die von den Elberfelder Vereinigten Glanzstofffabriken und ihren Tochtergesellschaften hergestellt wird, und es war die Frage aufgeworfen, ob nicht das Monopol des Glanzstoffkongerns zu einer Benachteiligung der Volkswirtschaft führen müßte. In diesem Zusammenhang dürfte interessieren, daß der Stapelfaser ein Konkurrent entstanden ist, und zwar in dem sogenannten Zello gar n, das nach dem gleichen Grundgedanken der Herstellungsweise der Stapelfaser aus Zellstoffspinnstoff unter Beimischung anderer natürlicher Textilabfälle neuerdings von der Löbnitz-Textil-N.-G. in Dederan (Sa.) mit Erfolg hergestellt wird. Die Löbnitz-Textil-N.-G. hat ein besonderes Verfahren von der Firma Adolf Kube u. Co. G. m. b. H. in Dresden erworben und ist jetzt durch fortwährende Verbesserung dieses Verfahrens in der Lage, ein Garn herzustellen, das einen Vergleich mit der Stapelfaser sehr wohl aushält, ohne identisch mit dieser zu sein. Denn dieses Zello gar n weist in Geschmeidigkeit, Haltbarkeit und Waschbarkeit der daraus hergestellten Erzeugnisse überraschend gute Eigenschaften auf und eignet sich besonders zur Herstellung von Trikotwaren und sonstiger Unterbekleidung jeder Art, aber auch zu anderen Wirk-, Strick- und Webwaren. Inzwischen hat sich die Löbnitz-Textil-N.-G. die weitere Vervollkommnung sowohl des Spinn- wie des Bearbeitungsverfahrens, beides in eigenem Betrieb, angelegen

zwischen dem Glauben an ihn und dem Bewußtsein, ihn aber doch nicht mehr zu verstehen, die letzten Jahre seines Lebens getrübt. Seine Doktorarbeit hatte schon alle Merkmale des kühn vorgehenden, rücksichtslos polemischen, alle Konzeptionen als Erniedrigung betrachtenden Marxischen Charakters. Sein bester Freund und Lehrer schrieb ihm Briefe voller Warnungen und Befürchtungen wegen der Folgen, die entstünden, wenn er eine solche Dissertation einreichen würde. Doch Marx blieb fest. Es gelang ihm zwar, fernab von Berlin, in Jena der Doktorhut zu erlangen, doch die mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelm IV. und der Berufung eines ebenso gerichteten Kultusministers einsetzende Reaktion und Beschränkung der Pressefreiheit an allen deutschen Universtitäten, die sich alle den Wünschen und Befehlen Berlins fügten, wurde nun so stark, daß eine akademische Laufbahn für Marx wie für die bedeutendsten seiner der äußersten Linken der Hegelschen Schule angehörenden Freunde nicht mehr in Frage kam. So blieb ihm nur, wollte er sich nicht selbst untreu werden, der Weg der Journalistik und politischen Agitation, und damit war die Frage nach der Bahn, in die er gedrängt werden sollte, entschieden. Die Aufmerksamkeit radikal-liberaler Geister hatte Marx sich schon in der Berliner Studienzeit errungen. Welch anziehende starke Persönlichkeit voll tiefer geistiger Interessen — aber auch überquellender Lustigkeit fähig, die er sich sein ganzes Leben lang erhielt — Marx gewesen ist, beweisen die Briefe bedeutender Lehrer, die, viel älter als er, sich ihm in tiefer Freundschaft verbanden. Jetzt gaben Männer wie Ruge, Bruno Bauer, Feuerbach gemeinsam mit ihm einer in Dresden den Armen der Jenjur zu entgehen wissenden Zeitschrift, den „Deutschen Jahrbüchern“, ihr besonderes Gepräge. Und über ihrem Pfugfeld sangen Dichter wie Heine, Hoffmann v. Fallersleben, Herwegh, die „eisernen Berche“, darin und erfüllten die Herzen mit Opposition. Und als die fortgeschrittensten bürgerlichen Radikalen der Rheinprovinz sich eine politische Tageszeitung, die „Rheinische Zeitung“, gründeten, zu deren Mitarbeitern, deren Namen eine historische Interesse beanspruchten, Bruno Bauer, Friedrich Köppen, Max Stirner, Moses Hess, Georg Herwegh gehörten, wurde Marx, 1842, ihr Chefredakteur. Kein Jahr nachher war die Zeitung verboten und die Jenjur so allgegenwärtig, daß Marx sich nur im Ausland, zunächst in Paris, ein neues Kampffeld eröffnen konnte. Seine aufrechte, von der Natur zum Kritiker geschaffene Seele fuhr nun mit dem vollen Wind der Opposition dem Sozialismus zu.

In Paris lag auf der geistigen Entwicklungsstraße, wie in Deutschland Hegel, der Fourierische und Saint-Simonische utopische Sozialismus als ein Block im Wege, den man nicht ignorieren konnte. Marx studierte ihn, wurde mit Heine, Bakunin, Proudhon und Cabet bekannt und diskutierte mit ihnen oft die ganzen Nächte hindurch. Seine bejuchete ihn fast täglich.

1844 kam Marx zum erstenmal mit dem Manne, mit dem sich sein Leben unzertrennlich verwebt, mit Friedrich Engels, zusammen. Engels war Barmer Fabrikantensohn, hatte in England im Fabrikgeschäft seines Vaters gearbeitet, war dort mit dem Chartismus bekannt geworden und gab 1845 sein berühmtes Buch: „Die Lage der arbeitenden Klassen in England 1844“ heraus. Marx und er, nun beide schon im Jahrvasser des Sozialismus, fanden sich in ihren wirtschaftlich-politischen Anschauungen in voller Uebereinstimmung, gingen beide über alle Kritiker des damaligen utopischen Sozialismus weit hinaus, und an ihnen bewährte sich die romantische Kraft Marzens, eisenfeste, tiefe Freundschaften zu schließen.

In heider Zusammenarbeit entstand bald das Buch: „Die heilige Familie“, als Auseinandersetzung mit ihren früheren Gesinnungsgenossen der Junghegelischen Schule, worin Marx bereits die Grundzüge der materialistischen Geschichtsauffassung entwickelte. Bedeutende Aufsätze, in Deutschland Sturm erregend, liefen nebenher, bis, 1845, die preussische Regierung seine Ausweisung auch aus Frankreich bewirkte. Er ging nach Brüssel, blieb dort drei Jahre, dann hatte ihn der sprichwörtlich gewordene „lange Arm“ Preuzens auch hier erreicht. Frankreich nahm ihn jedoch wieder auf, die Märzrevolution von 1848 verschlug ihn wieder als Chefredakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung“ nach Deutschland; als im Mai 1849 die letzten Ausläufer der Revolution erledigt waren, wurde die Zeitung unterdrückt; Marx, aus Preuzen ausgewiesen, ging zurück nach Paris, dann dauernd nach London, der „Mutter der Verbannten“, ins Exil. In der Brüsseler Zeit hatte er die Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung voll herausgearbeitet, eingehende ökonomische Studien betrieben, in fruchtbarer Tätigkeit das europäische Proletariat für eine sozialistische Arbeiterbewegung bearbeitet; die „Philosophie des Gelds“, der Vortrag über den Freihandel, der Kommunistenbund und das kommunistische Manifest waren entstanden. In London kam, nach verschiedenen heute noch viel gelebten Vorträgen, 1867 der erste Band des „Kapitals“ heraus. Was er in diesen Meisterwerken des wissenschaftlichen Sozialismus und anderen, hier nicht genannten, leistete, daneben im mündlichen Unterricht vor Arbeitern, als Hauptbegründer und Führer der 1864 ins Leben gerufenen Internationalen Arbeiterassoziation, in einer Korrespondenz mit den radikalen Führern halb Europas, im Kampf mit den Gegnern seiner wissenschaftlichen und taktischen Theorien, im Kampf mit dem Despotismus der Regierenden, den Nachstellungen der Gerichte, ist oft in Verehrung und Dankbarkeit von berufenen Federn in der ganzen Welt gewürdigt worden. Seitdem Marx 1843 seine geliebte Braut heimgeführt, trug sie alle Mühsal und Kümernisse, alle häufige Not der Armut mit ihm gemeinsam. Denn sie zog keine Straße, an der rechts und links grüne, fette Weide lag. Oft hat sich kein Ver-

leger für seine Schriften gefunden, kleine Zeitungsaufträge waren spärlich und schlecht bezahlt, es kamen Zeiten, wo sie nichts, nichts zum Leben, kein Papier zum Schreiben bekamen, wo sie von den kleinsten Sorgen des Lebens fast erdrückt wurden, wo sie die Möbel Stück um Stück, das letzte Silberzeug aus besseren Tagen verkauften und dennoch mit dem Rest der Sabeligkeiten buchstäblich auf die Straße gesetzt wurden. Krankheiten kamen, Kinder starben, und Marx in seiner Leidenschaftlichkeit und Kinderliebe war rajend vor Kummer. Und dennoch, wenn Frau und Kinder heiter waren, wenn Freund Engels unter die Arme griff, war Marx der hochgemuteste Mensch. Sie wohnten zeitweilig, sechs Menschen, in einem Schlafraum und einem Zimmer, das Küche, Wohnzimmer und Arbeitszimmer zu gleicher Zeit war. Hier versammelten sich Freunde, deren Namen Weltklang gewannen, wie Liebknecht, Eccarius, Karl Wändler, Freiligrath, Schramm und andere Deutsche, aus Frankreich Louis Blanc, Ledru-Rollin, Barthelmy, aus England Ernest Jones, Robert Owen, John Forst, ein Walliser Friedensrichter. Einer aus dem inneren Kreise erzählt aus den schlimmsten Tagen, wie er das Ehepaar Hand in Hand im Zimmer auf und ab gehend fand, Goethes Mailed singend:

Und Freud' und Wonne
ans jeder Brust.
O Erd! O Sonne!
O Glück! O Lust!
O Lieb! O Liebe!
So golden schön,
wie Morgenwolken
auf jenen Höhen!

Unter der Last der Anstrengungen brach 1857 Marzens eiserne Konstitution zum erstenmal unter schwerer Krankheit zusammen. Er hat dann noch 25 Jahre weitergearbeitet und zuletzt bessere Verhältnisse erlebt, aber die alte Stärke und Gesundheit war unter einem chronischen Leberleiden dahin. Es wiederholte sich, und außer ihm, und von ihm zärtlich gepflegt, brach auch seine Frau wiederholt zusammen; ihr schönes Antlitz wurde von den Woden entsteilt. Zuletzt, seit 1880, hatte sie alle Qualen der Krebskrankheit zu erdulden. In der Stube neben ihr lag Marx an jährender Krankheit danieder, von seinem jahrelangen Feind, der Schlaflosigkeit, gepeinigt. Als seine treue Frau am 2. Dezember 1881 verschied, fiel von Engels das Wort: „Nun ist Marx auch gestorben.“ Fünfzehn Monate später, am 14. März 1883, ging auch er dahin. Allein, Engels fand ihn in der Studierstube im Lehnstuhl, mit einem Lächeln auf den Lippen, im ewigen Schlaf. Ein gemeinsames Grab auf dem Sighate-Kirchhof vereinte ihn mit seiner Frau. Neben ihnen schlummert sein kleiner Enkel, und seit 1890 Lenchen Demuth, die „Dienstmagd“ und Hausgenossin während der Marxischen Ehezeit.

sein lassen, so daß Kellogarn mit in erster Linie berufen sein dürfte, unsere Abhängigkeit vom Ausland zu mindern und uns brauchbare und haltbare Textilwaren zu verschaffen, auch wenn der Frieden unsere Häfen der Rohstoffzufuhr wieder geöffnet haben wird.

Offentlich stimmt das alles und ist nicht bloß Reklame.

Kriegsgewinne der Textilaktiengesellschaften.

Textilfabrik Gladbach Aktiengesellschaft. Die mit einem Aktienkapital von 975 000 Mk. ausgerüstete Gesellschaft erzielte in dem am 31. März abgelaufenen Geschäftsjahr einen Warengewinn von 3 592 312 Mk. (i. B. 2 875 681 Mk.). Für Materialen wurden 2 020 023 Mk. (1 492 133 Mk.) verausgabt. Handlungsunkosten 588 396 Mk. (477 484 Mk.) und Betriebsunkosten 576 321 (492 806 Mk.), so daß nach Abschreibungen von 397 310 Mk. (174 509 Mk.) einschließlich 1 687 322 Mk. (90 436 Mk.) Vortrag ein Reingewinn von 178 995 Mk. (329 184 Mk.) verbleibt, über deren Verwendung in dem im Reichsanzeiger veröffentlichten Abschluß nichts mitgeteilt wird.

Textilfabrik J. Sudert Aktiengesellschaft in Oberlangenbielau. Nach dem Bericht des Vorstandes für das Geschäftsjahr 1917/18 haben nach der Stilllegung, zu der sich die Gesellschaft unter dem Druck der Verhältnisse entschließen mußte, die Bergütungen, welche sie von den weiterarbeitenden Betrieben der Vereinigung erhielt, nur einen Teil der laufenden Ausgaben gedeckt. Doch läßt sich nicht voraussehen, in welchem Verhältnis die noch zufließenden Entschädigungen zu den notwendigen Aufwendungen, die sich auch auf die Instandhaltung der Fabrik erstrecken, stellen werden. Der Fabrikationsgewinn beträgt 188 925 Mk. (i. B. 232 830 Mk.) Nach Abzug der Unkosten von 120 064 Mk. (128 696 Mk.) verbleibt einschließlich 15 944 Mk. (3202 Mk.) Vortrag, Zinseinkünfte 13 644 Mk. (9847 Mk.), dagegen erforderten Unkosten 114 765 Mk. (90 289 Mk.), so daß sich einschließlich Vortrag aus 1916/17 mit 353 Mk. (112 Mk.) ein Bruttogewinn von 38 856 Mk. (37 420 Mk.) ergibt. Nach Abschreibungen von 9911 Mk. (9941 Mk.) verbleibt ein Reingewinn von 28 915 Mk. (27 479 Mk.), dessen Verteilung wie folgt vorgeschlagen werden soll: Reservefonds 1428 Mk. (1373 Mk.), Salonerücklage 500 Mk. (wie i. B.), 6 Proz. (wie i. B.).

Mechanische Weberei Ravensberg Aktien-Gesellschaft in Schilde bei Bielefeld. Das am 30. Juni abgelaufene Geschäftsjahr 1917/18 erbrachte laut Geschäftsbericht auf Warenkonto, an Zinsen, Mieten und Grundstückseinnahmen 801 973 Mk. (i. B. 717 069 Mk.). Allgemeine Unkosten erforderten 218 911 Mk. (402 388 Mk.). Gewinnanteile und Vergütungen betragen 52 984 Mk. (29 926 Mk.). Zugänglich 60 568 Mk. (44 613 Mk.) Vortrag verbleibt ein Reingewinn von 532 846 Mk. (361 568 Mk.) zu folgender Verteilung: 15 Proz. Dividende = 150 000 Mk. (100 000 Mk.), Kriegssteuerrücklage 220 000 Mk. (180 000 Mk.), Salonerücklage 1000 Mk. (wie i. B.), Wohlfahrtszwecke 10 000 Mk. (20 000 Mk.), Beamtenpensionsfonds 10 000 Mk. (—), Vortrag 141 846 Mk. (60 568 Mk.).

Mechanische Flachspinnerei, Baumwollspinnerei und Duntweberei vorm. Kolb u. Schüle Akt.-Ges. in Kirchheim-Teck. Die Gesellschaft, die im Juni d. J. die Flachspinnerei in Urach in sich aufgenommen und zu diesem Zweck ihr Aktienkapital um 0,6 auf 1,8 Millionen Mark erhöht hat, legt jetzt ihren Geschäftsbericht für 1917/18 vor. Sie erzielte ein Bruttoerträgnis von 2 373 792 Mk. (1916/17: 951 480 Mk.). Wie die Gesellschaft im Geschäftsbericht mitteilt, ist in dieser Summe eine aus dem letzten Friedensjahre stammende, im August 1917 eingegangene größere, vorher abgeschrieben gewesene Auslandsforderung enthalten. Die Löhne und Gehälter erhöht sich von 290 062 Mk. auf 801 818 Mk., die allgemeinen Unkosten von 318 426 Mk. auf 962 877 Mk. Die Abschreibungen werden auf 231 523 Mk. (120 016 Mk.) bemessen. Der Ueberchuß beträgt 500 094 Mk. (373 653 Mk.). Daraus werden wieder 15 Proz. Dividende ausgeschüttet, die auf das erhöhte Kapital 270 000 Mk. (180 000 Mk.) in Anspruch nehmen. Der Vortrag auf neue Rechnung wird von 180 112 Mk. auf 210 370 Mk. erhöht. Die Gesellschaft mußte sich, wie sie mitteilt, in den Kirchheimer und Bisinger Fabriken auf Papiergarnspinnerei und -weberei beschränken. Die Beschäftigung war unregelmäßig und der Nutzen dadurch beeinträchtigt, daß sie keine direkten Seeresaufträge erhielt. Die Flachspinnerei in Urach war fortlaufend mit zirka 50 Proz. ihrer Spindeln in Betrieb. Außerdem läuft ein Teil der Spindeln noch auf Papiergarn- und Papiermischgarnspinnerei.

Soziale Rundschau.

Ein paritätischer Arbeitsnachweis für das Textilgewerbe Groß-Berlins.

Schon seit Jahren erstrebte die Verwaltung Berlin des Deutschen Textilarbeiterverbandes die Umwandlung ihres Facharbeitsnachweises in einen paritätischen unter Verwaltung der Stadt Berlin, aber alle Bestrebungen scheiterten an der Einsichtslosigkeit der Arbeitgeberorganisationen, von denen das Groß-Berliner Textilgewerbe neun selbständige Organisationen besitzt, darunter zwei Innungen. Auch hier mußte erst der Krieg eine Wende herbeiführen. Jetzt haben folgende drei Arbeitgeberorganisationen: Dekateurvereinigung, Freie Vereinigung Berliner Möbelposamenten- und die Posamenten- und Seidenknopfmacherinnung Berlin mit den Arbeitnehmerorganisationen: Deutscher Textilarbeiterverband und Gewerksverein (Hirsch-Dunder) die Gründung eines paritätischen Nachweises beschlossen. Am 1. April 1919 soll derselbe in den Räumen des städtischen Arbeitsnachweises Berlin in der Gormannstraße eröffnet werden, wenn nicht zwingende Gründe eine schon frühere Eröffnung notwendig machen.

Schwerbeschädigte in der Industrie.

Auf dem Kongress der Deutschen Vereinigung für Krüppelfürsorge, der in Wien am 16. September 1918 abgehalten wurde, gab Herr Oberingenieur Dr. Beckmann, Berlin-Ober-Schöneberg, zum erstenmal Zahlen über die Gesamttheit der Schwerbeschädigten und der schwerbeschädigten Industriearbeiter, die wir zurzeit in Deutschland haben. Als Schwerbeschädigte

wurden dabei alle die angesehen, die mit Renten von 50 Proz. und darüber zur Entlassung gekommen sind. Nach sorgfältiger Schätzung ergab sich für den 1. Juli 1918, daß in ganz Deutschland mit etwa 160 000 bereits entlassenen Schwerbeschädigten zu rechnen ist und daß sich unter diesen etwa 45 000 Industriearbeiter befinden. Da nun in Deutschland insgesamt zum mindesten 8 Millionen männliche und weibliche Industriearbeiter vorhanden sind, so ergibt sich, daß demnach im Durchschnitt auf 180 gesunde Arbeitskräfte ein schwerbeschädigter Industriearbeiter entfällt. Aus dieser verhältnismäßig niedrigen Zahl ergibt sich, daß wir auch heute noch, trotz der schweren Verluste, die uns dieser Krieg gebracht hat, nicht mit einer Ueberflutung unserer Industrie durch Schwerbeschädigte zu rechnen brauchen und daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe durch Einstellung dieser Schwerbeschädigten zurzeit noch nicht gestört wird. Das wird in Zukunft um so weniger der Fall sein, wenn die Betriebsleiter darauf sehen, den Schwerbeschädigten geeignete und für sie passende Arbeit herauszufinden. Die Erfahrung lehrt, daß es möglich ist, schwerbeschädigte und selbst amputierte Leute noch bei geeigneter Arbeitsauswahl so zu beschäftigen, daß sie bis zu 3/4 der Leistung eines Gesunden auszuführen vermögen. Es wäre also bei 180 gesunden Arbeitskräften nur mit dem Ausfall von 1/4 einer Arbeitskraft zu rechnen, was sicherlich nicht hinderlich für die Wirtschaftlichkeit eines Betriebes in die Wege fällt, denn auch sonst bestehen die gesunden Arbeiter nicht immer aus nur vollwertigen Kräften. Manche Firmen lehnen allerdings Einstellung Schwerbeschädigter unter Hinweis darauf ab, daß sie Kriegsbeschädigte bereits in beträchtlicher Anzahl beschäftigen. Die Beschäftigung der Leichtbeschädigten ist indessen meist kaum als ein wirtschaftliches Opfer, zumal bei dem heutigen Mangel an Arbeitskräften, anzusehen, und es sollte deshalb die Aufnahme von Leichtbeschädigten einen Betrieb nicht von der Einstellung Schwerbeschädigter entbinden. Gerade aber gegen diese, die so besonders viel für uns taten und litten, haben wir deshalb auch besondere Pflichten der Dankbarkeit zu erfüllen.

Zahnfäule ein krankhafter Zustand.

Daß Zahnfäule ein krankhafter Zustand ist, war jedem Laien längst klar. Ebenso war es mit der Erkenntnis, daß die Krankenkassen verpflichtet seien, einen solchen krankhaften Zustand bei ihren Mitgliedern nach Möglichkeit zu beseitigen. Dem widersprachen ja nun, zwar die Kassen nicht. Sie stritten aber mit ihren Mitgliedern um das Mittel der Beseitigung. Die Mitglieder wollten nur die Zahnfäule beseitigt wissen, die Kassen aber gleich den ganzen Zahn beseitigen; die Mitglieder wollten sich den franten Zahn nur füllen (Plombieren) lassen, die Kassen wollten ihn ausziehen lassen, unbekümmert darum, daß doch ein Zahn ein sehr wichtiges Organ zur Ausübung der Lebensfähigkeit ist, dessen Beseitigung sich bei seiner Erkrankung nur solange rechtfertigt, wie man noch kein anderes Mittel, die Krankheit zu beseitigen, kannte, als das Ziehen des Zahnes; seit es aber möglich ist, die Zahnkrankheit zu beheben, ohne den Zahn selbst zu entfernen, gehört es doch selbstverständlich zu den Pflichten der Organe der Krankenbehandlung, einen Zahn so lange wie nur irgend möglich zu erhalten. Den Kassen wollte das aber bisher nicht immer einleuchten. Deshalb ist eine Entscheidung des Reichsversicherungsamts für die Kassenmitglieder von Wichtigkeit, welche die Kassen verpflichtet, solche franten Zähne, die voraussichtlich sich noch auf längere Zeit erhalten lassen, füllen zu lassen. Ob diese Voraussetzung im Einzelfalle zutrifft, wird im wesentlichen von dem nach pflichtmäßigem Ermessen abgegebenen Urteil des Sachverständigen abhängen. Der Krankenkasse bleibt es überlassen, wie sie sich von der Notwendigkeit der Gewährung einer Zahnfüllung überzeugen will. Insbesondere wird nichts dagegen einzuwenden sein, wenn sie sich von einem Vertrauensarzte bestärken läßt, ob die erwähnte Voraussetzung gegeben ist. Nur kann ihr nicht ein freies Mitbestimmungsrecht zugebilligt werden in dem Sinne, daß sie nach ihrem Gutdünken entscheidet, ob sie die Kosten für die Zahnfüllung oder nur die billigeren Kosten für das Zahnziehen übernehmen will. Der Uebernahme der Kosten der als notwendig erkannten ärztlichen Behandlung darf sich die Krankenkasse keineswegs entziehen. Eine Belastung der Kasse mit allzu hohen Kosten ist u. a. deshalb nicht zu befürchten, weil die Versicherten die Füllung mit kostspieliger Füllmasse, sofern sie durch ebenso brauchbare billigere Masse sich ersetzen läßt, nicht beanpruchen können. Mit Recht weist auch das Kaiserliche Gesundheitsamt darauf hin, daß es fraglich ist, ob es für die Krankenkassen auf die Dauer nicht vorteilhafter wird, frante Zähne baldigst füllen zu lassen, als durch das an sich billigere Ziehen der Zähne die Möglichkeit zu schaffen, daß infolge des unzureichenden Zerhackens der Speisen Verdauungsstörungen mit den schweren Folgeerscheinungen auftreten und Leistungen der Kasse in anderer Richtung notwendig machen.

Volkswirtschaft.

Ein Ermächtigungsgesetz für die Uebergangswirtschaft.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Uebergangswirtschaft gemäß den Beschlüssen des Bundesrats zugegangen. Der Entwurf umfaßt drei Paragraphen.

§ 1 ermächtigt den Bundesrat, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, welche sich zur Regelung des Ueberganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft als notwendig erweisen. Diese Maßnahmen sind dem Reichstag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Gemäß § 2 ist vor dem Erlaß grundlegender Anordnungen die Zustimmung eines aus 15 Mitgliedern bestehenden Ausschusses einzuholen, den der Reichstag aus seinen Mitgliedern wählt. § 3 bestimmt, daß das Gesetz außer Kraft tritt, sobald die Uebergangswirtschaft als beendet angesehen werden kann. Der Zeitpunkt wird durch kaiserliche Verordnung und Zustimmung des Bundesrats bestimmt.

Die Begründung der Vorlage beginnt mit der wichtigen Feststellung, daß die wirtschaftliche Lage Deutschlands bei Friedensschluß eine alsbaldige Aufhebung der gebundenen Wirtschaft unter Wiederaufnahme der Friedenswirtschaft in ihren bis zum Kriegsausbruch beschrittenen Bahnen und unter Zulassung der freien Betätigung aller Erwerbskräfte ausschließt. Damit ist das Verlangen der kapitalistischen Interessentenorganisationen nach sofortiger Aufhebung der Kriegs-

wirtschaft bei Friedensschluß und Wiederherstellung der freien Konkurrenz abgewiesen. Für die Uebergangswirtschaft reicht das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914 nicht mehr aus, da es nur „während der Zeit des Krieges“ Geltung hat. Weiter umschreibt die Begründung näher das im § 2 festgelegte Mitbestimmungsrecht des Reichstages. Der mitbestimmende Reichstagsausschuß ist dem Hilfsdienstauschuß nachgebildet. Der Reichstag wird bei der Annahme des Gesetzes darauf zu achten haben, daß der Bundesrat nicht wieder eine ähnliche unkontrollierbare Vollmacht erhält, wie durch das Ermächtigungsgesetz vom 4. August 1914; er wird daher auf die sichere gesetzliche Fundierung seines Mitbestimmungsrechts besonders bedacht sein müssen.

Volksversicherung.

Die Entwicklung der „Volksfürsorge“.

Seit der Gründung der „Volksfürsorge“ im Juli 1913 bis Juli 1918 hat sich die Zahl der Policen und der Versicherungssumme wie folgt erhöht:

	Gesamte Policen	Versicherungssumme in Mk.
Ende 1913	70 125	12 912 968
Ende 1914	163 469	25 615 271
Ende 1915	171 812	24 473 929
Ende 1916	191 736	28 468 029
Ende 1917	227 183	37 156 660
Ende Juli 1918	266 293	

Die Volksfürsorge wächst!

Wie bei den privaten großen Versicherungsgesellschaften ist im laufenden Jahr auch bei der Volksfürsorge die Zahl der eingebrachten neuen Anträge gestiegen. Im Monat August sind 7571 Anträge gestellt worden, davon 7296 für Kapitalversicherungen mit 2 901 701 Mark Versicherungssumme. In den acht Monaten des Jahres 1918, bis Ende August, wurden im ganzen 50 715 neue Anträge gestellt, davon 47 887 für Kapitalversicherungen mit 15 524 094 Mark Versicherungssumme. Für den im Mai dieses Jahres zur Einführung gelangten neuen Tarif 117 mit monatlicher Prämienzahlung sind bis Ende August schon 2187 Anträge gestellt und damit 1 375 722 Mark versichert worden.

Literatur.

Mudel, das Kapital, und anderes. Von Ernst Preckang. Von dem farbigen Titelblatt dieses neuen, soeben erschienenen Bandes der Vorwärts-Bibliothek leuchtet uns ein rosiges Schweinchen entgegen; denn der Hauptheld der ersten, recht zeitgemäßen Geschichte ist ein Vorstentvieh namens Mudel, das einer armen Kriegerfrau einziges Kapital bildet und mancherlei merkwürdigen Schicksalen ausgesetzt ist, ehe es im Jenferis — dem Rauchfang und Pöfelstaf — landet. — An zweiter Stelle steht „Der Kolpatsch“, die Erzählung von Kaspar, dem großschlächtigen Schmiedegesellen, und Frieda, der zierlichen Stickerin, die wieder einmal zeigt, wie seltsame Wege die Liebe oft wandelt. — Den Beschluß bildet „Der Gänsehof“, das satirische Charakterbild eines Berliner „Bauschiebers“, der in den Wald geht, um sich zu erhängen, es dann aber vorzieht, dort eine Villenkolonie zu gründen, die ihm starke Verlegenheiten bereitet, bis eine „glänzende Idee“ die letzte Reue zum Strid überwindet. — In diesem unterhaltbaren Buche, das namentlich auch unsere Feldgrauen interessieren wird, vereinigen sich Scherz, Satire und jene tiefere Bedeutung, die wir auch von heiteren Darstellungen fordern müssen. Der Preis für das gebundene Buch beträgt 2 Mk. (Porto 20 Pf.) Es ist durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Verbandsanzeigen.

Bekanntmachungen.

Vorstand.

Sonntag, den 3. November, lit der

44. Wochenbeitrag fällig.

Adressenänderungen.

Gau 2. Sattorf. (Wieder eröffnet.) V: Josef Rothfugel, Kolonie 4. K: Frau Anna Dörner, Sieberstr. 314. Gau 9. Schwarzengbach. V: Emil Lang, Karlstr. 403. Briefe an diesen.

Gau 10. Geringswalde. Alle Sendungen an: Richard Kirbach, Goldammerstr. 305 E.

Ortsverwaltungen.

Neumünster i. Holst. Das Mitgliedsbuch Nr. 255738 (Duplikat), auf Karl Dreßlich lautend, geboren am 3. März 1874 in Neumünster i. Holst., in den Verband eingetreten am 10. Oktober 1905 in Neumünster, ist als verloren gemeldet. Es wird ersucht, dasselbe bei etwaigem Auftauchen an den Geschäftsführer G. Sittig, Geschäftsstelle Neumünster, Fabrikstraße 32, I, einzuliefern. Das verlorene gegangene Buch ist hiermit für ungültig erklärt.

Cotenliste.

Gestorbene Mitglieder.

Augsburg. Rosina Schönberger, Hilfsarbeiterin, 15 J., Grippe. Johanna Blum, Weberin, 52 J., Herzleiden und Wassersucht. Brandenburg a. H. Henricke, Binner, Arbeiterin, 58 J., Grippe. Grimmitzschau. Friedrich Engelhardt, 66 J., Helene Ristel, 22 J. Elberfeld. Jakob Gerhardt, Bandwinder, 75 J., Altersschwäche. Regina Heinrich, 45 J.

Geringswalde. Thella Junge, Greis, Arno Trommer, Weber, 26 J., Grippe. Lina Dering, Appreturarbeiterin, 22 J., Grippe.

Jahnshof i. Erzgeb. Bruno Arnold, 36 J., Grippe. Kirschau-Gunewalde. Hedwig Schulze, Wiltshen, Weberin, 24 J., Grippe. Mittweida i. Sa. Elsa Röhiger, Spulerin, 30 J., Grippe. Viktoria Graf, Weberin, 42 J., Grippe. Emilie Perstich, Weberin, 33 J., Grippe. Max Gethner, Strider, 31 J., Grippe.

Deberan. Philipp Reinhardt, Gittersdorf, Weber, 17 J. Philipp Rüdiger, Geizer, 34 J. Emilie Maruschka-Dreul, Weberin, 22 J. Gerhard Hähnig, Weber, 36 J., Lungenentzündung. Martha Fuhs, Woirnerin, 35 J., Lungenentzündung.

Sagan. Auguste Freie, 68 J., Rheumatismus. Sächtein. Ludwig Lejcher, Scherer, 28 J., Lungenentzündung.

Bieren. Maria Zinketz, Spinnerin, 24 J., Lungenentzündung. Karl Peterson, Spinner, 53 J., Lungenentzündung. Schöpsau-Großholbersdorf. August Bilz, 58 J., Lungenentzündung.

Zu Felde gefallene oder infolge des Krieges gestorbene Mitglieder.

Brandenburg a. H. Max Kleberg, Weber, 28 J. Grimmitzschau. Albert Otto, 34 J. Elberfeld. Gustav Henkhaus, Färber, 55 J. August Giegel, Bandwinder, 38 J. Walter Wolffs, Kettenmacher, 31 J. Jahnshof i. Erzgeb. Bruno Aurich, Denkersdorf, 19 J. Kirschau-Gunewalde. Ernst Rüttsche, Klibli, Weber, 30 J. Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 2. November.

Verlag: Karl Hübisch. — Verantwortlich für die mit dem Vernehmen Artikel Hermann Krähig, für alles andere Paul Wagener. — Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. — sämtlich in Berlin.

Gelegene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.